

Klimapolitische Fragen zur OB-Wahl 2022 in Rostock

Antworten von Jörg Kibellus, Einzelkandidat

Frage: Welche konkreten Maßnahmen zur Förderung des Klimaschutzes im Bereich der Stadtverwaltung und der kommunalen Gebäude wollen Sie umsetzen?

Antwort J.Kibellus:

- Optimierung der Energienutzung der kommunalen Gebäude
- Nutzung der Dachflächen der kommunalen Gebäude für Solar-, und Photovoltaik
- Weiterführung der Digitalisierung um Ressourcen einzusparen und nachhaltiger zu arbeiten

Frage: Zur sog. Hafenerweiterung wird demnächst das Raumplanungsverfahren beginnen. Die/der OB`in ist Mitglied der Verbandsversammlung des Planungsverbandes. Wie werden Sie als künftige/r OB`in ihre Rolle im Raumordnungsverfahren und darüber hinaus Ihr politisches Gewicht als OB`in nutzen, um sicherzustellen, dass es eine Änderung der Hafenausbaupläne zum Erhalt des einzigartigen Küstenüberflutungsmoores sowie von Warnow-Steilufer und Oldendorfer Tannen kommt?

Antwort J.Kibellus: *Ein Ausbau des Hafens ist sicher zukünftig nötig, aber darf nicht zu Lasten schützenswerter Gebiete vollzogen werden. Hier ist vorrangig auf bereits vorhandene Flächen zurückzugreifen und genau zu überlegen, welche Flächen zukünftig genutzt werden. Eine Flächenversiegelung kann immer nur einmal vollzogen und kaum wieder zurückgebaut werden.*

Frage: Mit welchen Maßnahmen wollen Sie den Rad- und Fußverkehr fördern, ohne dafür Flächen neu zu versiegeln?

Antwort J.Kibellus: *Die vorhandenen Radwege müssen vernünftig ausgeführt, ggf. saniert werden. Das Radwegenetz muss verbunden werden um Möglichkeiten zu haben, mit dem Fahrrad bis in den Umkreis zu kommen, um auch damit den Autoverkehr zu reduzieren.*

Frage: Die Hansestadt Rostock gehört zum Kreis von bundesweit 50 Modellkommunen, die sich zum Ziel gesetzt haben, Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) stärker in der lokalen Bildungslandschaft zu verankern. Inwieweit spielt BNE für Sie eine Rolle und wird das Thema auch strukturell und ressortübergreifend Einzug in die kommunale Verwaltung halten? Welche Notwendigkeit und Möglichkeiten sehen Sie, Klima- und Umweltthemen in den schulischen und außerschulischen Lernorten zu stärken? Setzen Sie sich für eine Koordinationsstelle Umweltbildung in der Stadtverwaltung und einen kommunalen Zuschuss für schulische und außerschulische Umweltbildung ein?

Antwort J.Kibellus: *BNE spielt für mich eine sehr wichtige Rolle. In den Schulen sollten wieder die Bereiche Schulgartenunterricht, Werkunterricht und Hauswirtschaftslehre integriert werden um schon früh mit den Themen der Nachhaltigkeit in Berührung zu kommen. Eine Koordinationsstelle wäre ebenso wünschenswert wie Zuschüsse durch die Stadt bei der Umsetzung.*

Frage: Soll Ihrer Meinung nach in der Rostocker Schulverpflegung ein höherer Anteil an klima- und umweltfreundlich produzierten Bio-Zutaten als 20 % festgelegt werden?

Antwort J.Kibellus: *Ja. Das wäre der richtige Weg um zukünftig auch gesunde und fitte Schüler zu haben.*

Frage: Mit ihren ausgedehnten Mooren und Wäldern hat die Hansestadt Rostock eine herausragende Verantwortung für den Biodiversitäts- und Klimaschutz, also für die größte Herausforderung der heutigen Zeit. Die sich daraus ergebenden Aufgaben sind zu großen Teilen an das Stadtforstamt delegiert. Diese Behörde tritt einerseits als Wald- und Flächenbewirtschafter, als Vertreter des Flächeneigentümers und auch als Projektträger z.B. für touristische Vorhaben auf. Andererseits ist sie als Naturschutzbehörde die Genehmigungs- und Kontrollbehörde für die eigenen Vorhaben. Dies hat zu einem strukturellen Interessenkonflikt geführt. Wie soll dieser rechtstaatlich bedenkliche Zustand zur Wiederherstellung demokratischer Verwaltungsstrukturen und zur Sicherung rechtskonformen und transparenten Verwaltungshandelns korrigiert werden?

Antwort J.Kibellus: *Hier sollte die Möglichkeit des sogenannten „4-Augen-Prinzips“ hergestellt werden. Die Zuständigkeiten der Bewirtschaftung und der Überwachung sollten hier getrennt und auf zwei unterschiedliche Behörden verteilt sein.*

Frage: Die Errichtung neuer Einfamilienhäuser steht im Widerspruch zu mehreren Nachhaltigkeitszielen, z.B. Klimaschutz, Verkehrswende, Bodenschutz u.a.. Aus diesen Gründen fordert die Bürgerschaft seit Jahren einen flächensparenden Umgang mit den knappen Flächen in unserer Stadt. Neue Wohngebiete sollen so errichtet werden, dass kommunale Infrastruktur effizient genutzt wird und Folgekosten für unsere Kommune minimiert werden. Gleichzeitig gibt es seit Jahren in Stadtpolitik und Verwaltung den Wunsch, neue Wohngebiete für EFH auszuweisen. Dies geschieht mit der Begründung, ansonsten Steuergelder in das Umland zu verlieren. Welche Position beziehen Sie in diesem Thema bzw. Konflikt? Wollen Sie den Anteil von bisher etwa 11 % Wohnungen in Ein- und Zweifamilienhäusern vergrößern oder reduzieren?

Antwort J.Kibellus: *Um bezahlbaren Wohnraum auch zukünftig zu haben, benötigen wir vorrangig Mehrfamilienhäuser. Hier ist auch eine Aufstockung von bereits vorhandenen MFH eine Möglichkeit. Die Anzahl der EFH sollte prozentual nicht vergrößert werden.*

Frage: Kopenhagen wandelt jedes Jahr 2 % der öffentlichen, innerstädtischen Parkplatzflächen in Aufenthaltsräume für Menschen um. Diesem Beispiel folgen auch Städte wie z.B. Leipzig. Ist das auch für Sie eine Möglichkeit Rostock neu und lebenswerter zu gestalten?

Antwort J.Kibellus: *Wenn wir den Autoverkehr und die Autos geplant in den nächsten Jahren aus der Stadt bekommen, ist dies ein mögliches Modell.*

Frage: Der Bereich Klimaschutz in der Stadtverwaltung Rostock ist stark unterbesetzt. Zum Vergleich: in Kiel gibt es 11 Stellen im Bereich Klimaschutz. Werden Sie sich für eine personelle Stärkung der Klimaschutzleitstelle einsetzen?

Antwort J.Kibellus: *Ja. Eine Stärkung in der Klimaschutzleitstelle ist nötig und würde von mir unterstützt werden.*

Frage: In keinem Sektor kann die Stadt Rostock so viel Treibhausgas-Emissionen einsparen, wie bei der Fernwärmeversorgung. Wie werden Sie sich dafür einsetzen, dass der Wärmeplan umgesetzt wird und Rostock so bis 2035 unabhängig von fossilen Energieträgern wird?

Antwort J.Kibellus: *Der Wärmeplan muss sicher umgesetzt, aber an einigen Stellen angepasst werden. Die Fernwärmeversorgung ist kein Allheilmittel. In der aktuellen Thematik der Energiekrise, sollte die Möglichkeit der Energieoffenheit bestehen.*